

Volk sagt Ja, die Kantone aber sagen Nein

Die Konzernverantwortungsinitiative ist am Ständemehr gescheitert. Obwohl der indirekte Gegenvorschlag nun wohl umgesetzt wird, geht die Debatte rund um die Haftungsfrage weiter. Die EU könnte die Schweiz unter Druck setzen.

Andrea Tedeschi und Dario Muffler

SCHAFFHAUSEN Das Resultat war knapp. Obwohl sich 50,7 Prozent der Schweizer Stimmbewölkerung für die Konzernverantwortungsinitiative ausgesprochen haben, ist die Vorlage am Ständemehr gescheitert. Nur 8,5 Stände sagten Ja, 14,5 Stände sagten Nein. Es ist 65 Jahre her, dass eine Initiative im Volk eine Mehrheit fand, aber am Ständemehr gescheitert ist.

Noch seltener ist ein Abstimmungskampf so lange und kontrovers geführt worden. Über 100 Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die Landeskirchen und Vertreter des bürgerlichen Lagers hatten gemeinsam viel Druck für die Initiative aufgebaut. Bis zum letzten Stimmungsbarometer der SRG vor wenigen Wochen hatte es noch nach einem Ja-Trend ausgesehen. Trotzdem hat es nicht gereicht. Umso enttäuschter sind die Initianten über das Scheitern ihrer Vorlage am Ständemehr. «Das Resultat zeigt, dass die Schweizer Bevölkerung will, dass keine Menschenrechte und Umweltstandards im Ausland verletzt werden», sagt Andreas Missbach, Mitglied des Initiativkomitees und Leiter Rohstoffe bei Public Eye. Das entspreche auch dem internationalen Trend. Ähnlich sieht es die Schaffhauser SP-Nationalrätin Martina Munz. «Es ist eine der wenigen Initiativen, die zuerst aus Kreisen der Zivilbevölkerung kam, bevor sie die politischen Parteien aufnahmen», sagt sie. Dass das Resultat so knapp ausgefallen ist, wertet sie als Fingerzeig der Bevölkerung an die Wirtschaft, ethische und moralische Anliegen ernst zu nehmen. «Auch wenn die Wirtschaftslobby jetzt mit einem Angstscenario überzeugen konnte, wird die Forderung nach einem sauberen Wirtschaftsstandort in der Bevölkerung bleiben.»

«Die Schweiz wird früher oder später in der Haftungsfrage einlenken müssen.»

Martina Munz
Schaffhauser SP-Nationalrätin

Irreführungen auf beiden Seiten

Giorgio Behr, Präsident der Industrie-Vereinigung Schaffhausen und selber Unternehmer, hat die Ablehnung der Initiative nicht gross überrascht. «Ich habe in den letzten Tagen damit gerechnet, dass das Anliegen am Ständemehr scheitern wird», sagt er. «Wenn es um die Kernfragen geht, dann hat die Stimmbewölkerung noch immer bewiesen, dass sie vernünftig entscheidet.» Dennoch hat es Engagement gegen die Initiative gebraucht. Denn die Nein-Kampagne kam erst spät und in den letzten Wochen in die Gänge. «Es kann nicht sein, dass sämtliche Unternehmer als unmoralisch und unethisch abgekanzelt werden. Wir wurden unter Generalverdacht gestellt.» Die Gegnerschaft habe gemäss Medienberichten mit Fotomontagen hantiert. «Das Abstimmungsresultat hat gezeigt, dass die Schweizer sich nicht von Unwahrheiten legen lassen.»

Solche Irreführungen treffen jedoch auf beide Seiten zu. Die Initianten verlangten zwar mit ihrer Initiative, dass sich die Unternehmen an Regeln halten,

haben sich aber selbst nicht immer an die Regeln gehalten. So druckten sie auch unerlaubt Zeitungsinterviews nach. Initiativgegner dagegen führten öfters aus, dass es zu einer Beweislastumkehr käme und Unternehmen beweisen müssten, dass sie unschuldig seien. Der Kläger hätte dennoch Beweise für Rechtsverstösse erbringen müssen und sich das Unternehmen darauf entlasten können.

Druck aus dem Ausland

Wie ein Blick auf die Schweizer Landkarte zeigt, haben die ländlichen Regionen den Ausschlag für das Ständemehr gegeben. Hier haben die Gegner der Konzernverantwortungsinitiative besonders viel in den Abstimmungskampf investiert. Das deutlichste Nein verzeichnete demnach Schwyz mit 68,4 Prozent. Im Vergleich: Schaffhausen zählte 52,8 Prozent Nein-Stimmen.

Die Initianten haben sich besonders in der Romandie, im Tessin und den grossen Städten wie Basel, Bern und Zürich durchgesetzt. «Die Initianten dürfen für sich beanspruchen, dass sie eine wichtige Diskussion losgetrieben haben und die Gegner ihrerseits, dass sie ihren wirtschaftlichen Weg ohne missionarisches Gehabe weitergehen können», sagt Hannes Germann, Schaffhauser SVP-Ständerat und Mitglied des kantonalen Nein-Komitees. Die hohe Zustimmung aus der Bevölkerung wertet er teilweise als Misstrauensvotum gegen die Wirtschaft. «Durch die Globalisierung gibt es immer weniger Patrons, die ihren Unternehmen ein Gesicht geben und deshalb für die Bevölkerung greifbar sind.» Er glaubt, dass die Wirtschaft transparenter aufzeigen sollte, welchen Mehrwert sie für die Bevölkerung schafft. Mit der Berichterstattungspflicht im indirekten Gegenvorschlag könnten Unternehmen genau das aufzeigen, sagt Germann. «Er ist ein guter schweizerischer Kompromiss.»

Mit dem Nein zur Initiative tritt der indirekte Gegenvorschlag in Kraft, sofern interessierte Kreise in den nächsten hundert Tagen nicht das Referendum dagegen ergreifen. Die Initianten sagten gestern, dass sie davon absehen würden. Demnach müssen Unternehmen neu in einem Bericht Rechenschaft über Umweltstandards oder Menschenrechte ablegen, zum Beispiel bei Kinderarbeit oder wenn sie mit Diamanten, Gold oder Kobalt handeln. «Es ist betrüblich, dass der wirkungslose Gegenvorschlag im Parlament durchkam und nicht der griffige Gegenvorschlag, dem der Nationalrat dreimal zugestimmt hatte», sagt Martina Munz. «Jetzt ist er eine reine Alibiübung.» Mit dem Bericht würden sich Konzerne auf Hochglanzpapiere selbst loben, aber keine einzige Menschenrechtsverletzung oder Umweltkatastrophe vermeiden.

Anders sieht das Giorgio Behr. «Ich schaue dem indirekten Gegenvorschlag gelassen entgegen», sagt er. Als Unter-



Gegner wie Befürworter der Konzernverantwortungsinitiative haben besonders in den ländlichen Regionen viel in den Abstimmungskampf investiert. BILDER KEY

nehmer in der Elektronikbranche müsse er schon heute Zertifizierungen einholen, etwa wenn es um die Herkunft gewisser Komponenten geht. «Auch internationale Konzerne sind gerüstet für die Berichterstattung.»

Behr geht davon aus, dass mit der Umsetzung des indirekten Gegenvorschlags das eine oder andere Unternehmen in den Fokus der Öffentlichkeit geraten werde, mit dem man nicht rechnen solle. Solche, die bisher beteuerten, vorbildlich zu handeln, aber deren Wirken noch nicht transparent sei. «Ich glaube hingegen, dass einige Firmen, die als schwarze Schafe gelten, werden zeigen können, dass sie sich besser verhalten, als man es ihnen nachsagt.»

Für die Initianten und Befürworter dagegen geht der Kampf nun weiter – mit Hilfe aus dem Ausland. «In der EU geht der Zug mit Hochgeschwindigkeit Richtung Haftung, und deshalb werden auch wir in dieser Dynamik mitfahren», sagt Andreas Missbach. Nachlässigen Unternehmen, die Menschenrechte und Umweltstandards verletzen, würden sie weiterhin auf die Finger schauen und den Druck allgemein hochhalten.

Auch Martina Munz ist überzeugt, dass die Schweiz früher oder später in der Haftungsfrage werde einlenken müssen, welche die EU derzeit regle. «Die EU wird Druck auf die Schweiz machen, genauso wie damals mit den Banken, als die Schweiz zur Weissgeldstrategie gezwungen wurde und das Bankgeheimnis abschaffen musste.»

Kommentar

Ein äusserst knapper Erfolg für die Schweizer Wirtschaft – und ein Warnschuss

Nach einem hochemotionalen Abstimmungskampf scheitert die Konzernverantwortungsinitiative (KVI) an der Urne. Die Initianten haben zwar eine knappe Mehrheit des Volkes für ihr Anliegen gewinnen können, das Ständemehr – die Zustimmung der Mehrheit der Kantone – wurde aber deutlich verpasst. Folgenlos war der Kampf nicht, kommt es doch mit dem indirekten Gegenvorschlag nun doch zu einem Ausbau der Pflichten für Unternehmen, auch das haben die Menschen gestern zum Ausdruck gebracht: Auch an Firmen werden Erwartungen gestellt. Die Anforderungen, wie sie im Gegenvorschlag enthalten sind, sind aber erfüllbar und stehen im Einklang mit internationalen Bestrebungen. Blickt man aber auf den Abstimmungskampf zurück, so darf das Resultat nicht überraschen: Schon seit vielen Monaten haben die Initianten sich mit viel Einsatz engagiert und landauf landab für ihr Anliegen gewiebelt, derweil blieb die Gegnerschaft weitgehend unsichtbar – und überliess das Feld einer Kampagne, die mit zum Teil falschen oder arg zugespitzten Argumenten – Stichwort: die Kindertränen auf dem Fotomontage-Plakat – Stimmuntergraben machte gegen «Grosskonzerne», denen man – so hatte es zwischendurch den Anschein – eigentlich praktisch alles unterstellen kann. Hinzu kam, dass die Initianten mehr Geld als die Gegner in die Schlacht warfen.

Dennoch hat es nicht gereicht: Gestern wurde einmal mehr klar, dass Extreme, auch moralisch aufgeladene Anliegen, in der Schweiz einen äusserst schweren Stand haben. Gleichzeitig dürfte es sich



Robin Blanck
Chefredaktor

robin.blanck@shn.ch

«Die früher enge Verbindung zwischen Politik und Wirtschaft hat nachhaltig gelitten.»

manch eine und manch einer überlegt haben, ob es sinnvoll sei, den Schweizer Unternehmen in Zeiten, in denen Corona immense wirtschaftliche Schäden verursacht, zusätzliche Auflagen aufzubürden. Auch das dürfte seinen Teil zum gestrigen Nein beigetragen haben. Riskant in den Kampf um die Initiative eingegriffen haben die Kirchen und Hilfswerke, die mit ihrer klaren Parteilnahme zwar zweifellos Farbe bekamen, gleichzeitig aber auch ihre Sonderstellung als Institution abseits der bekannten politischen Lager selbst untergraben haben: Vermehrte Kirchenaustritte und unter Umständen auch ein Rückgang von Spendeneinnahmen sind mögliche Folgen dieser politischen Positionierung. Die erwähnten Folgen dürften am Ende besonders jenen

schaden, für die man sich eigentlich einsetzt: den Ärmsten. Als Sieger vom Platz gehen die Wirtschaft und die bürgerlichen Parteien, wirklich Grund zum gegenseitigen Schulterklappen gibt es aber nicht: Zuerst wurde die Initiative massiv unterschätzt, im Abstimmungskampf fehlte eine klare Position. Statt auf die vielen Erfolge und Verbesserungen aufmerksam zu machen, welche Schweizer Firmen mit ihrer Tätigkeit im Ausland bewirkt haben, agierte man von Beginn weg aus der Defensive. Erst ganz am Schluss erkannte man den Ernst der Lage und versuchte, das Ruder herumzureissen – und liess Unternehmer und Branchenvertreterinnen mit ihrem Namen gegen die KVI einstehen. Dass es gestern knapp wurde an der Urne, hat auch damit zu tun, dass der Exodus von Wirtschaftsgrössen aus den Räten auf allen Ebenen anhält. Die früher enge Verbindung zwischen Politik und Wirtschaft hat nachhaltig gelitten, und es bleibt nur zu hoffen, dass das Ergebnis vom Sonntag als Warnschuss verstanden wird: Das einst solide Vertrauen der Bevölkerung in die Wirtschaft ist brüchig geworden. Diese Verbindung muss über das politische Engagement glaubwürdiger Unternehmer-Persönlichkeiten erneuert werden, sonst reicht in naher Zukunft auch ein Endsprint nicht mehr aus, um Schaden durch die wachsende Zahl von wirtschaftsfeindlichen Initiativen abzuwenden.

Eidgenössische Abstimmungen Resultate Kantone

	Initiative für verantwortungsvolle Unternehmen		Finanzierungsverbot Kriegsmaterialproduzenten		Stimm-beteiligung
	Ja	Nein	Ja	Nein	
Zürich	250 337	223 516	214 775	255 564	50,0
Bern	194 750	161 904	160 351	194 115	48,3
Luzern	58 599	74 310	48 772	83 361	47,8
Uri	4934	6963	3386	8383	44,7
Schwyz	15 795	34 242	12 814	36 938	47,1
Obwalden	4 760	8 390	3 588	9 499	49,6
Nidwalden	5 095	10 726	3 904	11 823	50,6
Glarus	5 003	5 611	3 589	6 976	40,2
Zug	15 365	28 234	13 244	30 101	56,0
Freiburg	52 614	40 404	41 637	50 684	45,1
Solothurn	36 174	46 366	30 343	51 845	45,7
Basel-Stadt	38 573	23 710	35 779	25 996	55,2
Baselland	40 349	44 529	36 132	48 161	45,7
Schaffhausen	15 689	17 520	13 653	19 198	66,2
Appenzell AR	8 519	11 074	7 079	12 379	50,7
Appenzell AI	1 729	3 214	1 417	3 508	41,6
St. Gallen	62 491	85 169	52 431	94 269	45,5
Graubünden	27 784	32 887	23 355	36 930	43,8
Aargau	80 361	106 212	67 581	117 699	43,2
Thurgau	32 347	44 025	25 652	50 163	44,4
Tessin	51 750	43 794	42 593	52 507	43,4
Vaud	127 545	85 585	103 962	107 310	46,6
Wallis	45 635	56 429	35 902	65 560	45,8
Neuenburg	29 809	16 334	24 024	21 676	41,0
Genève	78 343	43 768	64 046	56 525	45,6
Jura	14 823	6 757	11 722	9 585	40,5
Total	1 299 173	1 261 673	1 081 731	1 460 755	47,0
Total %	50,7	49,3	42,5	57,5	
Befürw. Stände	8 ½		3 ½		
Verwerf. Stände		12 ½		17 ½	